

DONNERSTAGSKOLUMNE

Lieber Christian, „ora et labora“ heißt die Regel des Heiligen Benedikt, „bete und arbeite“. Und nicht „entwerfe das Geld der Sparer“ und „fördere das Schuldenmachen“. Insofern war es eine gute Idee, den EZB-Präsidenten Mario Draghi in die Benediktinerabtei Ottobeuren einzuladen, die sich ja ausdrücklich als Ort der Besinnung versteht. Und Besinnung tut not! Hatte doch das Bundesverfassungsgericht Draghi im Urteil vom Februar vorgehalten, dass er mit seinem „OMT-Programm“ rechtswidrig die internationalen Großbanken auf Kosten der Steuerzahler entlasten würde. „Machtmissbrauch“ war noch der harmloseste Vorwurf, den die Karlsruher Richter Draghi und seiner EZB vorgeworfen haben. Das Ifo-Institut der Universität München hat den Vorwurf so auf den Punkt gebracht: Der EZB-Rat betreibe eine Politik, „die den überschuldeten Banken und Staaten sowie ihren Gläubigern hilft, indem sie den privaten Kapitalmarkt mit Billigkrediten gegen Schrottpfänder ersetzt und unterbietet. Die Leidtragenden werden die Steuerzahler

sein, die für die fehlenden Zinsausschüttungen an die nationalen Finanzministerien werden eintreten müssen. Die Abschreibungsverluste sind voll und ganz vom Steuerzahler zu tragen.“

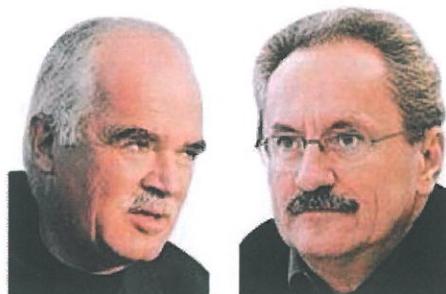
Vielleicht haben die geistlichen Herren von Ottobeuren unserem Goldman-Sachs-Italiener ins Gewissen geredet, er möge einsehen, dass man für den Einsatz öffentlicher Gelder und auf Kosten der Allgemeinheit qualifizierte Mehrheiten und eine demokratische Legitimation verlangen muss. Worauf das alles in Wahrheit hinausläuft, kommentierte letzte Woche der Chef des Ifo-Instituts, der Münchner Wirtschaftsprofessor Hans-Werner Sinn so: „Erst kollektiviert die Staatengemeinschaft, vor allem durch die Schutzversprechen der EZB, die Risiken für die Anleger und senkt dadurch die Zinsen, zu denen sich die Krisenländer verschulden können, und dann wollen diese Länder von der im Fiskalpaket versprochenen Gegenleistung in Form einer höheren Schuldendisziplin nichts mehr wissen. Die künstlich gesenkten Zinsen verleiten die Schuldenländer,

noch mehr Schulden zu machen.“ Professor Sinn nennt das einen „gewaltigen Moral-Hazard-Effekt“. Ein „Moral Hazard“ (moralisches Risiko) droht bekanntlich dann, wenn Individuen – in unserem Fall die Euro-Zentralbanker – davon befreit werden, für potentiell kostspielige Folgen ihres Handelns selbst einzustehen, weil diese Kosten von einer größeren

Gruppe übernommen werden müssen. Vulgo: Von der steuerzahlenden Bevölkerung.

Ehrlicherweise muss man sagen, dass Deutschland, vertreten durch die deutsche Bundesbank, vor dieser Entwicklung immer gewarnt hat. Im EZB-Rat ist diese Warnung konstant ignoriert worden. Der frühere Bundesbankpräsident Axel Weber und der deutsche Chefvolks-

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Frieden mit Draghi?

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

wirt der EZB Jürgen Stark sind deswegen unter öffentlichem Protest zurückgetreten. Trotzdem: Nach wie vor haftet die Bundesbank für 27 Prozent Anlegerrisiken der Draghi-Politik und verfügt im EZB-Rat, in dem sich Super-Mario seine Politik absegnen lassen muss, nur über ein Stimmgewicht wie Malta und Zypern. Beide Länder übernehmen etwa ein Hundertstel der deutschen Haftung.

Meine liebe CSU hat deshalb schon in ihrem Parteitagbeschluss „Zukunft Europa“ vom Oktober 2012 gefordert:

Das Gewicht der Mitgliedsstaaten mit den größten Kapitalanteilen innerhalb der EZB muss gestärkt werden. Es bietet sich an, nach dem Vorbild des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) die Stimmgewichte im EZB-Rat an den Kapitalanteilen auszurichten und eine Sperrminorität einzuführen.

Tatsächlich passiert das Gegenteil: Wenn am 1. Januar 2015 Litauen in die Eurozone aufgenommen ist, wird die deutsche Bundesbank für einen gewissen Zeitraum in der EZB überhaupt kein Stimmrecht haben. Weil es in der Sat-

zung von Draghis Eurobank eine sogenannte „Rotationsregelung“ gibt, nach der dort jeder Präsident einer nationalen Zentralbank – wenn die Anzahl der nationalen Zentralbanken die Zahl 18 übersteigt – für gewisse Zeiten sein Stimmrecht verliert (Litauen wird die Nummer 19 sein).

Man kann das ändern. Entweder durch eine Änderung der EZB-Satzung, was einen entsprechenden Vertrag innerhalb der EU-Staaten erfordert. Oder durch eine Änderung der EZB-Satzung im vereinfachten Verfahren, in dem die EU-Kommission und die EZB selbst antragsberechtigt sind.

Wird Mario Draghi dies nach seinem Besuch bei den Benediktinern in Ottobeuren von sich aus tun? Wenn nicht, müssen wir in der Großen Koalition aktiv werden, um Verhandlungen über eine Änderung der EZB-Satzung aufzunehmen.

Das ist auch nicht schwerer, als die Stadt Istanbul politisch zu beraten. Das tust Du jetzt und ist eine wirklich gute Idee.

Bol sanslar, sagen die Türken. Heißt auf Deutsch viel Glück.

Dein Peter Gauweiler